

Ercheint täglich früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition Johannsgasse 33. Sperrstunden der Redaction: Donnerstags 10-12 Uhr. Sonntags 4-6 Uhr.

Die in diesem Blatte eingetragenen Anzeigen werden nicht für die Redaction und Expedition der für die nächsten Nummer bestimmten Inserate an Wochenenden bis 1 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis 1/2 Uhr. In den Anzeigen für Anzeigen: Otto Klemm, Universitätsstr. 33, am 1. März, nachmittags 18 Uhr bis 1/2 Uhr.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

№ 87.

Freitag den 28. März 1879.

73. Jahrgang.

### Bekanntmachung.

Auf die für das Jahr 1878 festgesetzte Dividende der Reichsbankanteile im Betrage von 6% Proc. wird die Rückzahlung mit

54 Mart

für den Dividendenschein Nr. 9 vom 27. d. Mts. ab bei der Reichsbankhauptkasse zu Berlin, bei den Reichsbankhauptstellen zu Bremen, Breslau, Köln, Dortmund, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, Königsberg i. Pr., Leipzig, Magdeburg, Mannheim, München, Posen, Stettin, Straßburg i. E. und Stuttgart, bei den Reichsbankstellen zu Aachen, Augsburg, Bielefeld, Braunschweig, Bromberg, Kassel, Chemnitz, Coblenz, Erfeld, Danzig, Dresden, Düsseldorf, Elberfeld, Ebing, Emden, Gießen, Hildesheim, Frankfurt a. O., Gera, Grimma, Glogau, Oelitz, Graudenz, Halle a. S., Karlsruhe, Kiel, Landsberg a. W., Magdeburg, Merseburg, Paderborn, Rastatt, Regensburg, Riga, Rönneburg, Saargemünd, Saarlouis, Schwerin, Stralsund, Tilsit, Thorn, Tübingen u. S. W. bei den Reichsbank-Commanditen zu Köln und Innsbruck erfolgen. Berlin, den 26. März 1879. Der Reichskanzler. v. Bismarck.

### Versteigerung.

Mittwoch, den 2. April Vormittags von 9 Uhr an sollen im Postgebäude am Augustusplatz (Wintergebäude 2 Treppen rechts) mehrere aus unbesessenen Postsendungen entnommene und sonstige herrenlose Gegenstände, als:

1 Reisekoffer, mehrere Schirme, Stöcke, 1/2 Duzend messing. Kofferhaken, 6 Duz. Messinglappen zu Schuhen, alle Kleidungsstücke u. s. w. gegen sofortige Bezahlung öffentlich versteigert werden.

Beipzig, am 26. März 1879.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

### Submission.

Die Lieferung einer größeren Anzahl gußeiserner Baumgitter für hiesige Promenaden soll in Submission vergeben werden.

Diesemjenigen, welche sich hierbei betheiligen wollen, werden aufgefordert, ihre Offerten, bezeichnet mit „gußeiserne Baumgitter“ besiegelt und portofrei bis mit dem 29. März a. c. Abends 6 Uhr bei unserer Kuntiatur, Rathhaus, 1. Etage, abzugeben, wo auch die Zeichnungen, Bedingungen und Modelle in den gewöhnlichen Geschäftsstunden einzusehen sind. Beipzig, den 19. März 1879.

Die Deputation des Reichs zu den Anlagen.

### Deutscher Reichstag.

Berlin, 26. März. Herr von Forckenbeck, der Präsident des Reichstags, beabsichtigt, die letzte Sitzung vor den Osterferien am 4. April abzuhalten. Aus dem Schoße der Fraktionen erheben sich Bedenken über diesen späten Termin, weil zu besorgen ist, daß bis zu demselben ein beschlußfähiges Haus nicht zusammenzukommen ist. Unter den Reichstagsabgeordneten glaubt man, daß aus diesem Grunde die letzte Sitzung schon am Montag stattfinden wird. Auch jetzt schon ist eine Art Saison mehr über das Haus hereingebrochen, welche den Verhandlungen einen trocken-geschäftsmäßigen Charakter aufdrückt.

Nach einem Privat-Telegramm wurde heute im Reichstage mitgeteilt, daß bei der Ergänzungswahl im 1. Potsdamer Wahlkreise an Stelle des verstorbenen Oberpräsidenten v. Jagow der Erbfolgermeister v. Jagow (cons.) auf Wahlstadt mit 5373 Stimmen zum Mitgliede des Reichstages gewählt worden ist. Auf Dr. Burg (national.) in Berlin fielen 2764 Stimmen.

Eine sechsmonatshlängliche Reichstags-sitzung genügt heute nicht, die zweite Lesung des Etats zum Abschluß zu bringen. Da aber, wenn die Publication desselben bis spätestens zum 31. d. M., dem äußersten gesetzlich zulässigen Termine, ermöglicht werden soll, eine weitere Verzögerung nicht statthaft ist, so wurde für heute noch eine Abend-sitzung angekündigt. Die heutige Verhandlung begann mit einem Beschlusse zu Gunsten des Staatssecretärs im Reichsjustizamt. Die Budget-commission hatte die Forderung von 60,000 M. für die Repräsentationsräume desselben auf 20,000 M. reduziert. Das Haus bewilligte 30,000 M. Nicht so glücklich waren die deutschen Minister in Rom. Die für den Ankauf der Casa Juccari geforderten 125,000 M. zur Einrichtung derselben als deutsches Konsulatsgebäude wurden trotz der Anstrengungen des Staatssecretärs v. Bülow wie der Abgeordneter v. Müller und v. Stauffenberg mit kleiner Majorität abgelehnt. Die Gründe dieses Beschlusses waren in der Hauptsache formaler Natur; aus der ganzen Verhandlung dürfte die Zursicht geschöpft werden, daß eine ähnliche Forderung in einem folgenden Jahre, wenn ihr jene Bedenken nicht anhaften, von besserem Erfolge sein wird. Der größte Theil der Sitzung wurde von dem Post- und Telegraphenetat in Anspruch genommen. Aus der Fülle der dabei vorgebrachten Wünsche und Beschwerden ist hervorzuheben, daß der Socialdemokrat Kayser die angebliche Maßregelung von Postbeamten wegen Theilnahme an Petitionen an den Reichstag zur Sprache brachte, worauf der Generalpostmeister erklärte, daß nicht wegen Petitionen, sondern wegen unzulässiger Agitationen gegen Postbeamte eingeschritten sei. Anknüpfend an eine von der betreffenden Commission vorgeschlagene Resolution wegen der den Postbeamten zu gewährenden Zeit zur Sonntagfeier entspann sich eine lange Debatte. Obgleich seitens der Regierung nachgewiesen wurde, daß den berechtigten Ansprüchen genügt sei, wurde die von dem Abgeordneten v. Bismarck vorgeschlagene Resolution doch, freilich mit schwacher Majorität, angenommen. Aus der Debatte mag noch folgendes speciell hervorgehoben werden:

Der Generalpostmeister: Der Vordrucker (Abgeordneter Socialdemokrat Kayser) behauptet unrichtige Thatfachen. Wegen Ausübung des Petitionsrechtes ist kein Beamter verlegt worden. Die Verwaltung ist gegen diejenigen Beamten vorgegangen, welche in feindseliger Weise gegen die Regierung agitirt haben. Mehrere Unterbeamte haben allerdings socialdemokratische Versammlungen besucht, ein Beweis, daß sie nicht so überläßt sind, wie oft gesagt wird, sondern daß sie neben ihren Amtsgeschäften noch Zeit genug haben, ihre Religion zu betreiben. Deshalb allein ist aber kein Beamter verlegt worden. In dem vom Vordrucker angeführten Falle war auch noch die sonstige Haltung des betreffenden Beamten Berührungspunkt. In seinem Wahlkreise wird kein Beamter verlegt. (Beifall rechts.)

Abg. v. Behr-Schmoldow: Ich weiß darauf hin, daß die Commission einstimmig erklärt habe, es liege kein Material vor, um auf Grund desselben Anträge an das Haus zu bringen. Material habe auch der Abg. Kayser nicht beigebracht.

Abg. Richter: Es ist nicht klar gestellt, was die Postverwaltung unter Agitation versteht. Eine einfache Aufforderung außerhalb des Dienstes zum Untersuchen einer Petition ist noch keine Agitation. Wir haben auch diese Agitationen unter den Beamten gewissermaßen provoziert, indem wir eine gründliche Untersuchung dieser Frage in Aussicht nahmen. Ich könnte weiteres glaubwürdiges Material beibringen, aber ich kann die Namen und Orte nicht nennen, ohne die betreffenden der Gnade und Ungnade des Generalpostmeisters preiszugeben. Das volle Vertrauen der Commission zu der Verwaltung, daß sie die verfassungsmäßigen Rechte ihrer Beamten schützen werde, vermag ich nicht zu theilen. Der Generalpostmeister ist in diesen Dingen zu nervös und nimmt das Verhältnis zu seinen Beamten, für deren Wohl er übrigens sehr eifrig sorgt, zu patriarchalisch. Mancherlei ist auch in der Postverwaltung zu verbessern.

Abg. Windthorst: So lange die thatsächliche Begründung nicht beigebracht ist, daß das Petitionsrecht der Postbeamten durch die Verwaltung verläumert werde, müssen wir annehmen, daß das nicht geschieht.

### Politische Uebersicht.

Beipzig, 27. März.

Die Judenfrage vor den rumänischen Kammern wird in einer — wie es scheint von diplomatischer Seite inspirirten — Denkschrift mit Zuhilfenahme officiellen Materials besprochen, so daß die rumänische Regierung sichtlich darauf antworten muß. Am Schluß sagt der Autor seine Meinung dahin zusammen, daß sowohl die rumänischen Kammern, als auch das Ministerium Praxiano sich einhellig in dem Wunsche begehen, die haren Verfügungen des Berliner Vertrages durch eine falsche Interpretation zu verbunzeln, die rumänische Verfassung nur in diesem Sinne abzuändern, wodurch die vom Berliner Congreß angeordnete Lösung der Judenfrage umgangen und die Lage der Juden in Rumänien nach wie vor eine anomale bleiben wird. Wie bekannt, wird der zum Gesandten des deutschen Reichs bei der Kaiserlichen Regierung designirte Geh. Legationsrath von Jassow nicht eher auf seinen Posten abgehen, bis den Forderungen des Berliner Vertrages Genüge geschieht. Für die Stelle des Geschäftsträgers in Belgrad gilt dieselbe Clause, aber in Folge des größeren Entgegenkommens der serbischen Regierung hat Graf Trajan schon insallirt werden können.

### An die Hausbesitzer Leipzigs.

Unter Bezugnahme auf unsere frühere Aufforderung wiederholen wir die an alle Besitzer und Administratoren dieser Grundstücke gerichtete Bitte, die in ihren Grundbüchern leer stehenden oder bis zum 1. October dieses Jahres miethfrei oder fertig und bewohnbar werdenden Wohnungen, welche für die Mitglieder oder die Anwesenheit des Reichsgerichts geeignet sein dürften, mit Angabe der Lage und des Mietzpreises und wenn möglich unter Einreichung einer Bauzeichnung und anzugeben. Die Anmeldungen eruchen wir in der Rathskuntiatur, Rathhaus, 1. Etage, niederlegen zu wollen; ebendasselbe bitten wir, die Vermietung angemeldeter Wohnungen zur Anzeige zu bringen. Beipzig, am 26. März 1879.

Der Wohnungsausschuß für die Mitglieder des Reichsgerichts. Dr. Tröndlin, Vorsitzender.

### Höhere Schule für Mädchen.

Die für die Classen IX. und X. angemeldeten Schülerinnen sind Donnerstag, den 3. April zwischen 3 und 4 Uhr in der Schule vorzustellen. Die Schule beginnt am 21. April um 8 Uhr; an demselben Tage findet um 9 Uhr eine Nachprüfung statt.

### Bekanntmachung.

Das königliche Hohe Finanz-Ministerium hat mittelst Verordnung vom 13. März 1879 Nr. 62 Fl. Rg. den Verkaufspreis für die auf dem hiesigen städtischen Holzverkaufsplatze aufgestellten weichen Holzhölzer vom 24. dieses Monats an auf

10 A pro Kubikmeter

herabgesetzt, was Hoher Anordnung zu Folge hiermit bekannt gemacht wird. Wird Holzholzschnitt zur Abfuhr des Holzes benutzt, beträgt das Fuhrlohn wie bisher, gemäß der hohen Verordnung vom 14. December 1871 Nr. 306 Fl. Rg.

48 A für den Kubikmeter Holz.

Bestellungen auf Holzlieferung werden angenommen auf dem Holzverkaufsplatze auf dem Kohlenbahnhofe des Bayerischen Bahnhofes, in dem Holzverwaltergebäude am Fischplatz und in der Expedition der hiesigen königlichen Bauverwaltung im linken Flügel des Schlosses Pleisburg. Königliche Holzverwalterei Beipzig, am 22. März 1879.

D. Heinicke.

Wir erwähnten gestern, daß nach verschiedenen Anzeichen zu schließen, die Verhandlungen der Curie mit der preussisch-deutschen Regierung in ein entscheidendes Stadium getreten sind, welches eine wirkliche Verständigung verheiße. Etwas mehr Licht in diese Angelegenheit bringt eine römische Correspondenz der „Röm. Zeitung“, daß um so erfreulicher begrüßt werden wird, als die Regierungspresse ein bezweifelndes Schweigen beobachtet, welches auf Wink aus dem „Preßbureau“ zurückzuführen sein dürfte. Das rheinische Blatt meldet:

„Es heißt als „unverbürgt“, ein Agent der Reichsregierung sei hier, um direct mit dem Papst über den modus vivendi zu verhandeln. Der letztere hält sich, was den Fortgang dieser Angelegenheit betrifft, in Schweigen. Er scheint darauf aufmerksam geworden zu sein, daß der Ideenaustausch zwischen ihm und dem polnischen Prälaten dem Frieden nicht förderlich war, bestricht also die Verhandlungen nicht mehr mit Cardinal Ledochowski, und dann auch der Gleichmäßigkeit wegen nicht mit den anderen Würdenträgern seiner Umgebung. Während jedoch auf der einen Seite die Behörden der Curie sich ziemlich verständlich, wenn auch noch etwas unbestimmt, zeigen, geht durch die neuesten Ernennungen ein entgegengesetzter Geist. Die schon gemeldeten Ernennungen von Mealla, Pie, Newman und Dergezother zu Cardinälen bekräftigen sich; weniger bedeutend sind die anderen gleichzeitigen Ernennungen: Mar. Pecci, des Papstes Bruder, der Erzbischof von Toulouse, der Runtius Sanguigni zu Bischof. Die Liste ist zur Zeit noch nicht abgeschlossen; das Consistorium wird vielleicht noch bis zum St. Valentinstag verschoben, und auch, wenn der Papst sich entscheidet, was er noch nicht gethan, es gegen Ende April abzuhalten, dürfen noch einzelne Ernennungen nachfolgen. Unangenehm berührt sind die Friedensfreunde durch die bevorstehende Neubesetzung des Runtius Mealla von München nach Paris. Derselbe ist an sich schon bedeutend durch die bekannte Stellung Mealla's zu den bisherigen Verhandlungen über den modus vivendi; sie wird es noch mehr, wenn man sich den alten Haß der Jesuiten gegen ihn und die rohen Angriffe vergegenwärtigt, mit welchen die ultramontane Münchener Presse ihn in der letzten Zeit überschüttet hat. Sein designirter Nachfolger Banuelli begann seine Laufbahn als Secretar unter dem Runtius Mealla, wurde dann Unterstaatssecretar unter Antonelli und Simeoni; als Franzosi das Staatssecretariat übernahm, setzte er Banuelli als Auditor der Rota zur Ruhe; jetzt wird dieser mit plötzlichem Sprunge an Mealla's Stelle gesetzt, ob letzterer noch die üblichen sechs Jahre auf seiner Kuntiatur zugebracht hat.“

An dem diesmaligen Geburtstage des Fürsten Bismarck, dem 1. April, soll das ihm in Köln errichtete eherner Standbild in feierlicher Weise der genannten Stadt übergeben werden. Die schwebelernen Ultramontanen Rheinlands und Westfalens werden sich dabei durch Deputationen vertreten lassen. Die Führung der römischen Ultramontanen wird, wie man aus Berlin schreibt, wohl der Landtagsabgeordnete Dr. Röderer übernehmen, von welchem das Berliner leitende Jesuitenblatt verräth, daß er zum Comite der schwebelernen Rader der Zusammenkunftsdressen an den Fürsten Bismarck gehört. Die Schwarzen pfeifen sich in Finstern Rath zu und glauben ihren inneren Jammer

mit Rodomontaden überhäufen zu können. Sie täuschen indessen Niemanden weniger, als den Reichskanzler, der die zusammenstehenden Parteien nimmt, wo er sie findet. Ob übrigens die Centrumsfraction des Reichstags Herrn Bernards und einige seiner Genossen nach Köln deputiren wird, ist übrigens bis zur Stunde noch nicht bekannt.

Es ist jetzt beschlossene Sache, daß das Oberpräsidium der Provinz Schleswig-Holstein am 1. October d. J. von Kiel nach Schleswig verlegt werden soll. Es entspricht Dies nicht den Wünschen des jetzigen Oberpräsidenten, Herrn v. Scheel-Plessen, und wahrscheinlich auch nicht den Wünschen der Mehrtheit der Bevölkerung, die sich einmal durch den Provinzialalltag gegen die Verlegung ausgesprochen hat. Im preussischen Staatsministerium — so schreibt man uns vom Mittwoch aus Berlin — hat man Jahre lang zwischen Kiel und Schleswig geschwankt, bis jetzt endlich die Sache der letzteren Stadt gefügt hat, obgleich Kiel dreimal so groß als Schleswig ist und wohl auch in den meisten anderen Beziehungen diese Stadt übertrifft. Ein Theil der obersten Behörden wird indeß jedenfalls in Kiel verbleiben, so das evangelisch-lutherische Consistorium für beide Herzogthümer, die Oberpostdirection, das Medicinalcollegium, das Oberlandesgericht u. s. w. Das Commando des IX. Armeecorps befindet sich bekanntlich in Altona, der größten Stadt der Provinz. Es dürfte jetzt fraglich sein, ob Baron v. Scheel-Plessen noch ferner in dem Amte bleibt. Dem neuen Oberpräsidenten würde dann wahrscheinlich ein Regierungs-Vizepräsident in Schleswig an die Seite gesetzt werden. Ueber die Person des künftigen Statthalters von Elbsig-Vorbringen circuliren — so schreibt man uns aus Berlin — in den politischen Regionen kaum mehr als Vermuthungen. Wollte man die Namen registriren, so müßte man den genealogischen Kalender vor sich haben und sämtliche Erbsprünge der deutschen Fürstenthümer copiren. Wie indessen versichert wird, soll der Candidat nicht in dieser Sphäre zu suchen sein, wenn auch hinzugefügt wird, daß Derjenige, welcher die meisten Chancen hat, einen fürstlichen Namen trägt. Wichtig ist nur, daß General Rantewisse für den Posten in erster Linie anserben war, daß er jedoch selbst auf denselben verzichtet hat. Die Namen zweier früherer badischer Minister wurden wohl nicht ernstlich von süddeutschen Reichstagsabgeordneten genannt. Als vordrückt wird übrigens mitgetheilt, daß der Oberpräsident von Müller nicht in seinem Amte verbleiben wird. Man erwartet in kurzer Zeit einen Gesammtwurf, der die Regierung nach Straßburg verlegt, den Landesausschuß um 20 Mitglieder (also auf 50) vermehrt und demselben das Recht der Initiative zu Gesetzen verleiht.

Durch die Sanction des Regentenschaftsgesetzes ist in das braunschweigische Ländchen wieder Ruhe und Zursicht eingeleitet. Selbst an höchster Stelle scheint man über die Lage befriedigt zu sein. So wird über die Thronfolge Angelegenheit der „Allg. Zig.“ aus braunschweigischen Postreifen geschrieben: „Man kennt die kurze Note der „Nord. N. R.“ daß die Gerüchte über ein preussischerseits bevor-